

# Nahostgespräche überschattet

Drei Palästinenser bei Raketenangriff getötet - Arafat in Washington

JERUSALEM: Ein israelischer Raketenangriff hat am Donnerstag die neuen Bemühungen um ein Ende der Gewalt im Nahen Osten überschattet. Ein israelischer Kampfhubschrauber feuerte über einem Vorort von Bethlehem im Westjordanland eine Rakete auf ein Auto ab, in dem eine Gruppe bewaffneter Palästinenser sass.

Dabei wurden nach Angaben von Ärzten ein Fahrzeuginsasse getötet und ein weiterer schwer verletzt. Ausserdem wurden zwei Passanten getötet und elf weitere verletzt. Der palästinensische Präsident Jassir Arafat traf unterdessen in Washington zu Gesprächen mit US-Präsident Bill Clinton zusammen. Die israelischen Streitkräfte beschrieben den Angriff in Beit Sahur als Teil einer Aktion gegen die Urheber der Gewalt der vergangenen Wochen. Von Beit Sahur aus beschossen palästinensische Kämpfer in der Vergangenheit mehrfach einen israelischen Armeestützpunkt. Bei dem Tode, Hussein Abajat, handelte es sich nach Militär- und Krankenhausangaben um einen bekannten palästinensischen Kämpfer. Die israelischen Streitkräfte machen ihn für drei tödliche Anschläge verantwortlich. Der Schwerverletzte sei ein hochrangiges Mitglied des palästinensischen Geheim-



Ein israelischer Kampfhubschrauber feuerte im Westjordanland eine Rakete auf ein Auto ab, in dem eine Gruppe bewaffneter Palästinenser sass. (Bild: Keystone)

dienstes, hiess es.

Der palästinensische Anführer Hussein el Scheich sagte dem israelischen Radio, Israel werde mit einer harten Reaktion rechnen müssen. «Sie haben ohne Grund das Feuer auf das Auto eröffnet», erklärte er. Bei einem weiteren Gefecht im Gaza-Streifen erschossen israelische Soldaten am Donnerstag einen 14-jährigen Jungen. In den vergangenen Wochen wur-

den fast 180 Menschen in den Kämpfen getötet.

## Neue Vermittlungsbemühungen

Bei ihren Gesprächen in Washington wollen Arafat und Clinton Möglichkeiten erörtern, die blutigen Auseinandersetzungen in den Autonomiegebieten zu beenden und den Friedensprozess aus der Krise zu führen. Es wurde erwartet,

dass Arafat erneut auf die Stationierung einer UN-Schutztruppe in den Autonomiegebieten dringen würde. Arafat sprach zuvor in London mit dem britischen Premierminister Tony Blair. Wie ein Sprecher Blairs mitteilte, unterstrich Arafat, dass Grossbritannien und die EU im Nahost-Friedensprozess eine wichtige Rolle einnehmen könnten. Aus Angst vor weiteren Unruhen

untersagte die israelische Militärführung zunächst die für Donnerstag geplante jährliche Versammlung von jüdischen Gläubigen am Grab der Rachel in der Nähe von Bethlehem, gestatteten aber dann das Gebets-treffen. Jüdische Siedler im Westjordanland warfen Barak vor, er halte sie von ihren heiligen Stätten fern und gewähre ihnen keine Sicherheit.

## Nahostmission

Unteressen traf die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Mary Robinson, zu einer einwöchigen Nahostmission in Jerusalem ein, nachdem ihre Kommission Israel wegen übermässiger Gewalt gegenüber den Palästinensern verurteilt hatte. Der israelische Aussenminister Schlomo Ben Ami sagte ein Gespräch mit Robinson ab, nachdem diese Treffen mit dem Jerusalemer Bürgermeister und dem konservativen Oppositionsführer Ariel Scharon von ihrer Reiseroute gestrichen hatte. Robinson begrüsst die Einsetzung eines Komitees unter der Leitung des ehemaligen US-Senators George Mitchell, das die Ursachen für die Gewalt ermitteln soll. Der palästinensische Kabinettsminister Nabil Shaath sagte, Arafat fordere, dass dem Komitee auch ein Afrikaner angehöre, bevorzugterweise der ehemalige südafrikanische Präsident Nelson Mandela. Die Palästinenser wollten so die Vormachtstellung der USA brechen, die proisraelisch eingestellt sei.

## NACHRICHTEN

### Türkel kritisiert EU-Dokument

ANKARA: Einen Tag nach der Veröffentlichung des Dokuments zur Beitrittspartnerschaft des Landes zur EU hat die Türkei kritisiert, dass die EU-Mitgliedschaft des Landes darin an die Zypern-Frage gekoppelt worden sei. In Athen hingegen wurde das Dokument begrüsst. Die Bemühungen der Türkei um eine EU-Mitgliedschaft hätten nichts mit dem Zypern-Problem zu tun, sagte der türkische Regierungssprecher Sükrü Sina Gürel. «Je schneller die Türkei verschiedene Probleme löst, desto rascher werden wir Griechen und die anderen Staaten der EU der Türkei entgegenkommen», sagte der griechische Aussenminister Giorgos Papandreou seinerseits.

### Männer im Kosovo erschossen

PRISTINA: Unbekannte haben im Kosovo vier Männer der Ashkali-Minderheit kurz nach deren Rückkehr in ihr Heimatdorf ermordet. Die Opfer seien offensichtlich nur wegen ihrer ethnischen Herkunft erschossen worden. Internationale Organisationen reagierten schockiert und mit Abscheu auf die Tat in der Ortschaft Dosevac. «Wer immer diese Männer nur 48 Stunden nach der Rückkehr in ihren Häuser ermordet hat, wollte die Fortschritte des letzten Jahres - insbesondere der letzten Wochen - im Kosovo zunichte machen», erklärte der UNO-Verwalter der Provinz, Bernard Kouchner, in Pristina.

### Schlag gegen Grapo

PARIS: Der französischen Polizei ist ein Schlag gegen die linke spanische Terrorgruppe Grapo gelungen. Insgesamt gingen den Fahndern nach Behördenangaben acht Personen ins Netz, darunter die mutmasslichen Spitzenkräfte der Grapo. Unter den Festgenommenen sind die mutmasslichen obersten Grapo-Anführer Fernando Silva Sande und Manuel Perez Martinez alias «Kamerad Arenas». Sie zählen zu den meistgesuchten Terroristen Spaniens.

### EU zahlt 39 Mio. Franken an Kiew

BRÜSSEL: Nach Abschalten des Atomkraftwerks Tschernobyl will die EU der Ukraine zunächst mit 39 Mio. Fr. über die entstehende Energie-Lücke helfen. Mit dem Geld könne fast die Hälfte der dann fehlenden Energieproduktion ausgeglichen werden. Das sagte ein Sprecher der EU-Kommission am Donnerstag in Brüssel. Die Ukraine will das Atomkraftwerk Tschernobyl, wo sich im April 1986 der bislang schwerste nukleare Unfall ereignete, am 15. Dezember endgültig stilllegen. Die EU-Gelder sollen noch vor dem nächsten Winter ausgezahlt werden, so dass das Land ausreichend Brennstoff für übrige Kraftwerke kaufen kann.

## Militärreform in Russland

MOSKAU: Russland will seine Streitkräfte um fast ein Fünftel verkleinern. Rund 600 000 der derzeit 3,1 Millionen Stellen sollen in den kommenden Jahren im militärischen und zivilen Bereich gestrichen werden. Damit sollen die Streitkräfte beweglicher und effektiver werden. Bei dem Treffen in Moskau war es vor allem darum gegangen, in welchen Bereichen die grössten Einschnitte erfolgen sollten. Der Sicherheitsrat sei übereingekommen, dass eine Militärreform im weiten Sinne nötig sei, sagte Iwanow. Einzelheiten wurden nicht bekannt. Vor der Sitzung hatte Präsident Wladimir Putin eine starke Verkleinerung der Streitkräfte und deren Umbau in eine Berufarmee angemahnt. Über die Militärreform wird seit Jahren gestritten. Putin hat vorgeschlagen, bis 2005 rund 365 000 der 1,2 Millionen Soldaten des Verteidigungsministeriums zu entlassen. Der stellvertretende Sekretär des Sicherheitsrats, Wladimir Potapow, sagte vor der Sitzung, bei Truppen anderer Ministerien würden 105 000 Soldaten entlassen und 130 000 Zivilstellen gestrichen. Bisherige Versuche, die Militärreform durchzusetzen, scheiterte bislang vor allem am Widerstand des Offizierskorps. Von den Stellen, die abgebaut werden sollen, sind 240 000 Offiziersstellen, auch 380 Generale sollen ihren Posten verlieren.

## Hundeangriffe auf Schwarze

In Südafrika wird gegen weisse Polizisten ermittelt

PRETORIA: Eine Videoaufnahme von Hundeangriffen auf Schwarze hat in Südafrika zu Ermittlungen wegen versuchten Mordes gegen sechs weisse Polizisten geführt. Der Haftrichter in Pretoria verweigerte ihnen am Donnerstag die Freilassung auf Kautions.

Polizeidirektorin Sharon Schutte sagte, es gebe unbstätigte Berichte über die Aussagebereitschaft von mindestens einem der drei Opfer. Der staatliche Fernsehsender SABC hatte den Behörden am Dienstag ein Video übergeben und später gesendet, in dem Hunde auf Schwarze gehetzt wurden. Die Polizisten waren an-

schliessend festgenommen worden. In den Aufnahmen ist zu sehen, wie die drei Schwarzen auf die Halde einer Goldmine getrieben werden. Dort werden die Hunde unter Anfeuerungsrufen und dem Gelächter weisser Polizisten eine Stunde lang auf die Opfer gehetzt, die schreien und um Gnade flehen. Wenn die Opfer versuchen, sich zu wehren, werden sie von den Polizisten geschlagen. Bei den Schwarzen soll es sich um illegale Einwanderer halten. Der Sender erhielt nach eigenen Angaben in den ersten zwölf Stunden nach der Ausstrahlung mehr als 15 000 Anrufe von entsetzten Zuschauern.



Eine Videoaufnahme von Hundeangriffen auf Schwarze löste in Südafrika grosses Entsetzen aus.

## «Der Markt ist so gut wie verloren!»

Frankreich sucht nach einem Ausweg aus der BSE-Krise

PARIS: Frankreich sucht angesichts hoher Umsatzeinbussen bei Rindfleisch einen Ausweg aus der BSE-Krise. Nach Angaben von Gewerkschaften und Berufsverbänden sind in der Branche Tausende Arbeitsplätze bedroht.

1000 Beschäftigte seien bereits in Kurzarbeit, berichtete die Gewerkschaft CFDT am Donnerstag. Die Fleischindustrie klagte über hohe Exporteinbrüche. Deutschland etwa nehme selbst hochwertige Markenrinder nicht mehr ab, sagte der Präsident des Verbands des französischen Fleischgrosshandels, Laurent Spanghero. «Der Markt ist so gut wie verloren.» Weit



Die Fleischindustrie Frankreichs klagt über hohe Exporteinbrüche.

schwerwiegender sind jedoch die Einbussen in Frankreich selbst, die nach Angaben aus den landesweit 447 Schlachthöfen rund 50 Prozent betragen. Die Berufsverbände kritisierten dabei eine verwirrende Informationspolitik der Behörden, die die Verbraucher ständig verunsichere.

Politiker und Medien sprachen einhellig von einer «Psychose», die mit jeder Äusserung weiter verschärft werde. «Wir sind in eine unkontrollierbare Krise geraten, zwischen den Konsumenten und unseren Produkten ist ein tiefer Graben entstanden», sagte der Chef des Rindfleischverbandes, Pierre Chevalier.